

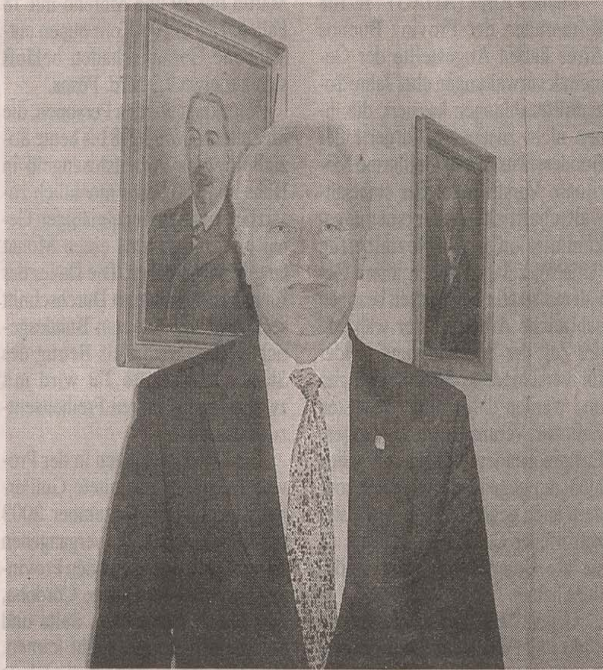
„Argentinien nicht fallen lassen“

Bundstagsabgeordneter Lothar Mark wirbt für das Freihandelsabkommen zwischen EU und Mercosur

Von Akvile Galvosaitė

Buenos Aires (AT/AG) – Argentinien ist für die größte deutsche Regierungspartei wichtig. Das machte Lothar Mark, der Lateinamerika-Beauftragte der SPD-Bundstagsfraktion deutlich. Schon zum fünften Mal ist der Parlamentarier in Argentinien. Im Rahmen einer Reise durch Lateinamerika kam Mark am Dienstag nach Buenos Aires. In seiner Funktion als Beauftragter für Lateinamerika und Karibik der SPD-Bundstagsfraktion kam er mit Vertretern der argentinischen Regierung und Parlamentsmitgliedern zusammen, um sich vor Ort über die aktuelle Lage in Argentinien zu informieren und sich über beidseitige Interessen der EU und Mercosur-Länder an einem Freihandelsabkommen zu verständigen. Am Donnerstag besuchte Lothar Mark die Redaktion des „Argentinischen Tageblattes“ zu einem Gespräch mit dem Herausgeber Dr. Roberto T. Alemann und Chefredakteur Stefan Kuhn.

Der SPD-Politiker machte die Bestrebungen der EU deutlich, Verhandlungen mit Mercosur-Ländern wegen des Freihandelsabkommens bis Oktober abzuschließen. Sonst werde man von den jüngsten Entwicklungen überholt, deutete er auf den Versuch der USA hin, die gesamtamerikanische Freihandelszone einzurichten. „Wenn wir nicht wollen, dass der Mercosur zum Hinterhof der USA wird, müssen wir die-



Lothar Mark beim Tageblatt.

(Foto: AG)

se Länder unterstützen“, sagte Mark, nach dessen Meinung Europa und Lateinamerika durch gemeinsame Wertvorstellungen verbunden seien.

Argentinien komme dabei die Schlüsselrolle zu: „Mercosur kann ohne Argentinien nicht existieren“, betonte der Sozialdemokrat, der das Land von mehreren Besuchen her kennt. „Wir dürfen Argentinien nicht fallen lassen, Argentinien ist ein po-

litisch bedeutendes Land“, äußerte er sich im Hinblick auf die politische Verantwortung Deutschlands gegenüber dem Land. Sowohl deutsche als auch argentinische Politiker seien dazu aufgefordert, ihre Regierungen dazu zu bewegen, das Abkommen zu unterschreiben.

Die Reformen der rot-grünen Bundesregierung in Deutschland hält Mark für unumgänglich. Prote-

ste gegen die sozialen Einschnitte nimmt er ernst, hofft aber, dass man mit der Zeit die Notwendigkeit der Änderungen einsieht. „Wenn wir das nicht tun, werden uns spätere Generationen vorwerfen, nichts getan zu haben“, sagte Mark, der seit 1970 SPD-Mitglied ist. Bei der Durchsetzung der Agenda 2010 hält es Mark für außerordentlich wichtig, Bürger über ihre Bedeutung, das Zustandekommen und die Folgen für die Zu-

kunft detailliert zu informieren. Er selbst habe bereits mehrere Informationsveranstaltungen in seinem Wahlkreis in Mannheim organisiert und öfters die Erfahrung gemacht, dass die Meinung nach ausgiebigen Erklärungen umkippe. „Es ist Mode geworden, zu jammern und unzufrieden zu sein“, sagte Mark, der außerdem Mitglied im Haushaltsausschuss des Bundestages ist. „Uns geht es gut.“